

VOLKSKAMMER  
der  
Deutschen Demokratischen Republik  
10. Wahlperiode

Drucksache Nr. 233

F r a g e n  
für die Fragestunde der 35. Tagung  
der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik  
am Donnerstag, dem 13. September 1990

Abgeordnete		Nr. der Frage
Dr. Eberhard Brecht	(SPD)	3
Johannes Gerlach	(SPD)	4
Wolf-Peter Hannig	(PDS)	8
Dr. Manfred Kalz	(SPD)	6, 7
Dr. Sylvia Yvonne Kaufmann	(PDS)	1
Dr. Dietmar Matteredne	(SPD)	5
Lothar Meier	(PDS)	9, 10
Alwin Ziel	(SPD)	2
Prof. Dr. Helmar Hegewald	(PDS)	11

## Ministerpräsident

1. Abgeordnete  
Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann  
PDS-Fraktion

Nach welchen Kriterien werden die Auslandsvertretungen der DDR aufgelöst, wie hoch sind die dabei entstehenden Kosten und wie hoch die Einnahmen durch die Veräußerung von Grund und Boden, Gebäuden, Einrichtungsgegenständen, Kfz-Parks usw.?

Welchen Wert machen die Botschaften und die nachgeordneten Einrichtungen (einschließlich Inventar) der DDR im Ausland aus und wird dieses Vermögen - ähnlich wie das Treuhandvermögen - den Finanzhaushalten der künftigen Länder der DDR zugute kommen?

## Geschäftsbereich des Ministers des Innern

2. Abgeordneter  
Alwin Ziel  
SPD-Fraktion

Treffen die in der Zeitschrift "Der Spiegel" Nr. 36 vom 3. 9. 1990 erhobenen Vorwürfe über die Besetzung von Leitungsfunktionen durch frühere hohe Funktionäre des alten SED-Regimes im Innenministerium sowie in den höheren Führungsschichten der Volkspolizei und im Strafvollzug zu?

In dem Zeitschriftenartikel im "Spiegel" wird von kritischen Äußerungen seitens des Innenministers des Landes Berlin, Erich Pätzold, gesprochen. Inwiefern treffen diese zu?

Sind die öffentlich kritisierten Personalentscheidungen, die im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums liegen, von Ihnen inzwischen überprüft worden? Welche konkreten Konsequenzen sollen im Innenministerium gezogen werden?

## Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaftliche Zusammenarbeit

3. Abgeordneter  
Dr. Eberhard Brecht  
SPD-Fraktion

Mitte dieses Jahres waren in der DDR schätzungsweise 55.000 Vietnamesen, 14.500 Mocambiquaner, 4.500 Kubaner und 1.000 Angolaner in der Produktion tätig. Um eine vorzeitige Beendigung dieser Arbeitsverhältnisse zu ermöglichen, verabschiedete der Ministerrat am 13. Juni 1990 die "Verordnung über die Veränderung von Arbeitsverhältnissen mit ausländischen Bürgern, die auf der Grundlage von Regierungsabkommen in der DDR beschäftigt und qualifiziert werden". Wird die Bundesregierung die mit der Rückführung dieser Arbeitnehmer verbundenen finanziellen Verpflichtungen nach dem 3. Oktober 1990 übernehmen? Was wird die Bundesregierung tun, um die Vietnamesen, Mocambiquaner, Kubaner und Angolaner in würdiger Form zu reintegrieren, andererseits die sie beschäftigenden DDR-Unternehmen nicht zusätzlich zu belasten?

Geschäftsbereich des Ministers für Umwelt, Naturschutz,  
Energie und Reaktorsicherheit

4. Abgeordneter  
Johannes Gerlach  
SPD-Fraktion
- Der ehemalige VEB SERO erhielt erhebliche Mittel aus dem Staatshaushalt zur Aufrechterhaltung des Rückgabesystems für Altstoffe, auch und besonders auf Drängen des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit. Jetzt beobachten wir, daß sogar die Plastsammelbehälter vor den Kaufhallen und Läden abgebaut werden. Was ist mit diesem Geld getan worden?
5. Abgeordneter  
Dr. Dietmar Matteredne  
SPD-Fraktion
- Im Kreis Weißwasser existiert eine Schadstoffdeponie, auf der über zwei Jahrzehnte mit Genehmigung des Rates des Bezirkes ungeordnet hochgiftige Stoffe abgelagert wurden. Die Benutzer kamen aus vielen Betrieben der DDR, eine Zuordnung dürfte nicht mehr möglich sein. Da eine akute Verseuchung der Umgebung gegeben ist, ist eine Sanierung dringend geboten. Welche finanzielle Unterstützung kann dem Rechtsträger, einen Betrieb der Glasindustrie, bei der Lösung dieser Aufgabe gegeben werden?

Geschäftsbereich des Ministers für Bildung und Wissenschaft

6. Abgeordneter  
Dr. Manfred Kalz  
SPD-Fraktion
- Aufgrund welcher Verordnung oder Neuregelung werden 2jährige Kinder derzeit in Kindergärten aufgenommen?  
Sind Sie der Auffassung, daß die personelle Besetzung und das Programm der Kindergärten diese sehr vorgezogene Aufnahme ermöglichen?

### Geschäftsbereich des Ministers für Gesundheitswesen

7. Abgeordneter  
Dr. Manfred Kalz  
SPD-Fraktion

Um wieviel hat die Zahl der niedergelassenen Ärzte zugenommen?

Ist Ihnen bekannt, daß im Bezirk Potsdam die Niederlassung von Ärzten behindert wird, weil die Kommunalbehörden bisher medizinisch genutzte Räume und Immobilien nicht verkaufen, sondern nur verpachten wollen?

Welche Maßnahmen werden vom Ministerium für Gesundheitswesen beschlossen, um die Niederlassung von Ärzten zu fördern?

### Geschäftsbereich des Ministers für Abrüstung und Verteidigung

8. Abgeordneter  
Wolf-Peter Hannig  
PDS-Fraktion

Mit dem 3. Oktober steht vor den Offiziersschülern der Offiziershochschulen die soziale Unsicherheit. Ich bitte Sie deshalb um die Beantwortung folgender Fragen im Interesse dieser jungen Menschen:

- Werden die Offiziersschüler ihr Studium beenden können?
- Werden sie berufliche Chancen haben?
- Ermöglichen Sie es ihnen, im Einvernehmen mit dem Minister für Bildung in eine zivile Studienrichtung überzuwechseln?
- Was wird aus den Offiziershochschulen und ihren Lehrkräften?

**Geschäftsbereich des geschäftsführend beauftragten  
Staatssekretärs im Ministerium für Handel und Tourismus**

9. Abgeordneter  
Lothar Meier  
PDS-Fraktion

Die Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus tritt ein für konkrete Maßnahmen, die den Absatz von DDR-Erzeugnissen fördern. Die Regierung hatte dazu Entscheidungen getroffen.

Die Anfrage ist darauf gerichtet, wie diese Arbeit konkret weitergeführt wird und welche Ergebnisse es gibt.

- Zu welchen Erzeugnisgruppen verfügt das Ministerium über Kenntnisse, in welchem Umfang sich vergleichbare Erzeugnisse im Angebot der Handelseinrichtungen befinden und um welche Anteile handelt es sich bei wichtigen Positionen?
- Welche Ursachen wurden handelsseitig und seitens der Ökonomie der Erzeugnisse ermittelt?
- Wurden ungesetzliche Praktiken zu Lasten von DDR-Erzeugnissen festgestellt?  
Welche Maßnahmen wurden dazu ergriffen?
- Welche Maßnahmen zur Förderung des Absatzes und konkreten Empfehlungen wurden seitens des Ministeriums gegeben, um einen höheren Absatz zu erreichen?
- Mit welcher konkreten Aufklärungsarbeit oder Reklame tritt die Regierung der DDR für einen höheren Absatz von DDR-Erzeugnissen an?

**Geschäftsbereich des geschäftsführend beauftragten  
Staatssekretärs im Ministerium für Wirtschaft**

---

10. Abgeordneter  
Lothar Meier  
PDS-Fraktion

Im vom Ministerium für Wirtschaft herausgegebenen Bericht zum Wirtschaftsablauf in der DDR - August 1990 - wird festgestellt:

"Diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist einerseits Ausdruck noch nicht greifender Umstruktuirung der Unternehmen sowie unzureichender sektoraler und regionaler Strukturveränderungen und andererseits auch Ergebnis noch unzureichender Wirksamkeit von Arbeitsförderungs- und Umschulungsmaßnahmen."

Frage: Welche Arbeit leistet das Ministerium für Wirtschaft, um einen begründeten Einblick in die tatsächlich in den Unternehmen ablaufenden Prozesse zu bekommen? Welche konkreten Ergebnisse in entscheidenden Regionen gibt es dabei? Welche Schlußfolgerungen zieht das Ministerium für Wirtschaft daraus und welche Aktivitäten sind dazu vom Ministerium für Wirtschaft in den nächsten Tagen zu erwarten?

11 . Abgeordneter  
Prof. Dr.  
Helmar Hegewald  
PDS-Fraktion

Das Auslaufen des Uranbergbaus hat gravierende Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Situation von 34 000 Beschäftigten der Wismut AG sowie der betroffenen Regionen.

Ich bitte die Regierung um Auskunft darüber, inwieweit durch die eingesetzten Regierungsbeauftragten

- eine wirksame Förderung der Regionen bei der kurzfristigen Schaffung neuer Arbeitsplätze durch strukturpolitische Maßnahmen sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und entsprechende Umschulungen,
- die Ausarbeitung einer Konzeption der ökologischen Altlastsanierung sowie
- eine Kontrolle der Realisierung der Maßnahmen zur sozialen Absicherung der Bürger

gewährleistet wird.

In welche Zuständigkeit werden diese zum Teil nicht kurzfristig zu realisierenden Maßnahmen nach dem 3. Oktober übergeleitet?